

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
RATES**

**Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
36. Rat 2004-2009
Sitzungsdatum:
26.06.2008**

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 26.06.2008

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll versammelte sich heute um 18:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Rat der Stadt Übach-Palenberg

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Vorstellung eines städtebaulichen Konzeptes für den Rathausplatz (vertagt aus Ratssitzung vom 17.06.2008)
2. EuRegionale 2008 "Klangbrücke" am Dohmen-Park hier: Vorstellung der fortgeschriebenen Planung
3. Erweiterungen zur Tagesordnung
4. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

B) Nichtöffentliche Sitzung

5. Euregionale 2008-Projekt Klangbrücke am Dohmenpark
 - 5.1. Auftragsvergabe zum Projekt Klangbrücke
 - 5.2. Erwerb der Parzellen Flur 48 Nr. 182 und 183 sowie Flur 29 Nr. 73 und 74
6. Vergabeangelegenheiten
 - 6.1. Vergabe einer Wärmepumpenanlage für den Infopoint Naherholungsgebiet Wurmatal
 - 6.2. Sanierung eines Wirtschaftsweges Stadtteil Boscheln, Scheidbusch Richtung Herbacher Wald
7. Erweiterungen zur Tagesordnung
 - 7.1. Erneuerung der Beschallungsanlage im Pädagogischen Zentrum
8. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Anwesenheitsliste:

Stadtverordnete

Frau Roswitha Bischhaus-Trotnow	UWG
Herr Herbert Fibus	SPD
Herr Joachim Fröhlich	SPD
Herr Fred Fröschen	CDU
Herr Josef Fröschen	CDU
Herr Peter Fröschen	CDU
Frau Karin Fürkötter	SPD
Frau Silvia Gillen	CDU
Herr Gerhard Gudduschat	CDU
Herr Herbert Konrads	CDU
Herr Hans-Josef Krawanja	SPD
Herr Leo Meertens	UWG
Frau Petra Meyer	UWG
Herr Manfred J. Offermanns	FDP
Herr Hans-Georg Overländer	SPD
Frau Eva Maria Piez	SPD
Frau Vera Sarasa	UWG
Herr Matthias Spätgens	SPD
Herr Gerd Streichert	SPD
Frau Erika Tanzer	SPD
Frau Corinna Weinhold	UWG
Herr Heiner Weißborn	SPD
Herr Hubert Wynands	CDU

Abwesend waren

Frau Bärbel Bartel	SPD
Herr Sven Bildhauer	SPD
Herr Bernhard Brade	CDU
Herr Thomas Dieckmann	UWG
Herr Paul Josef Gerschel	SPD
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen
Herr Wolfgang Schneider	SPD
Herr Jörg Ulrich	CDU
Herr Björn Utecht	B'90/Die Grünen

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll
Herr Erster Stadtbeigeordneter Engelbert Piotrowski
Herr Beigeordneter für Planen und Bauen Volker Schlüter
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek
Herr Stadtoberamtsrat Franz Janssen

Gäste

Herr Wortmann, Architekturbüro NOX (TOP 2 bis 5, 18:20 bis 19:27 Uhr)

Schriftführer

Herr Stadtamtsrat Thomas Schröder

Bürgermeister Schmitz-Kröll stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Verwaltungskollegen, die Zuschauer und die Vertreter der Presse. Er erklärte, dass den Stadtverordneten noch eine Tischvorlage zur Beschaffung einer neuen Soundanlage im PZ übergeben wurde. Um die Beschaffung und Installation noch in den Ferien durchführen zu können, bitte er darum, diese Angelegenheit noch mit auf die Tagesordnung zu nehmen.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird in 7.1 Erneuerung der Beschallungsanlage im Pädagogischen Zentrum erweitert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

A) Öffentliche Sitzung

1 **Vorstellung eines städtebaulichen Konzeptes für den Rathausplatz
(vertagt aus Ratssitzung vom 17.06.2008)**

Bürgermeister Schmitz-Kröll berichtete darüber, dass dieser Tagesordnungspunkt bereits schon vor einer Woche in der Ratssitzung von Herrn Neuhaus vorgestellt worden sei. Beigeordneter Schlüter wolle jedoch noch entsprechende Ergänzungen geben.

Beigeordneter **Schlüter** verwies darauf, dass sich noch Anpassungsbedarf an der Planung ergeben habe, da bei der vorgestellten Konzeption doch ein Tangieren des öffentlichen Parkraums eintreten würde.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass er sich dies schon bei der Präsentation in der letzten Woche gedacht habe. Konsequenz sei offensichtlich, dass weniger Parkplätze zur Verfügung stünden als ursprünglich ausgewiesen.

Ihn interessiere weiterhin, ob der Einsatz öffentlicher Mittel für dieses Projekt beabsichtigt werde oder nicht. Er bitte, dass die Verwaltung diese Frage vom Investor klären lasse. Grundsätzlich könne jedoch der Investor weiterplanen.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, dass auch die CDU-Fraktion die Auffassung vertrete, dass der Investor weiter planen könne. Man hoffe jedoch, dass die Problematik der Parkplatzsituation vielleicht auch in Bezug auf eine geänderte Straßenführung am Rathausplatz weiter konkretisiert werde. Ebenso solle die Möglichkeit der Planung einer Tiefgarage nicht aus den Augen verloren werden.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, dass die bisherige Planung auch von der UWG-Fraktion als positiv bewertet werde. Bezüglich der Parkplatzsituation regte sie an, auf der Erdgeschosebene Parkplätze im Gebäude selber einzurichten und auf entsprechende Verkaufsflächen zu verzichten.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass er über diesen Sachstand gerne einen Beschluss fassen wolle und schlug vor, ihn wie folgt zu formulieren:

„Das in der Ratssitzung am 17. Juni 2008 von der Firma Concept-Consulting GmbH, Herrn Architekt Dipl.-Ing. Markus Neuhaus, vorgestellte städtebauliche Konzept für die Bebauung des städtischen Grundstückes am Rathausplatz (ehemals Grundstück Molls) wird grundsätzlich zustimmend zur Kenntnis genommen.“

Heute gehe es ausschließlich darum ein grundsätzliches Stimmungsbild des Rates mitzunehmen, und dem Investor die Mitteilung machen zu können, ob er in der eingeschlagenen Richtung weiterplanen könne oder eben nicht und um sich darauf einstellen zu können, worauf er besonders zu achten habe, um eine Zustimmung zu diesem Projekt zu erhalten.

Stadtverordneter **Weißborn** bat zu protokollieren, dass die Kenntnisnahme keinerlei Einfluss auf den späteren Verkauf des Grundstückes und mögliche Planungskosten haben dürfe.

Stadtverordneter **Gudduschat** erkundigte sich danach, ob der Wunsch des Archi-

tekten zur Änderung des Bebauungsplanes schon eine Vorabentscheidung für das Projekt beinhalten könnte.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass dies auf keinen Fall so sei, da ja erst im September die endgültige Entscheidung für die Realisierung des Projektes getroffen werden solle.

Beschluss:

Das in der Ratssitzung am 17. Juni 2008 von der Firma Concept-Consulting GmbH, Architekt Dipl.-Ing. Markus Neuhaus, vorgestellte städtebauliche Konzept für die Bebauung des städtebaulichen Grundstückes am Rathausplatz (ehemals Grundstück Molls) wird grundsätzlich zustimmend zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**2 EuRegionale 2008 "Klangbrücke" am Dohmen-Park
hier: Vorstellung der fortgeschriebenen Planung**

Bürgermeister Schmitz-Kröll begrüßte Herrn Wortmann von der Firma Nox, die die Konzeption der Klangbrücke in der heutigen Ratssitzung vorstellen wolle.

Herr **Wortmann** stellte die fortgeschriebene Planung zum Bau der Klangbrücke vor und erläuterte die Unterschiede, die aufgrund der reduzierten Version entstanden sind.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten **Weißborn**, wie sich die Reduzierung der Windspiele darstelle, erklärte Herr Wortmann, dass diese kaum wahrnehmbar sei. So werde nunmehr ein Abstand der Windspiele von 75 cm eingeplant statt der 50 cm aus der ersten Planung.

Stadtverordnete **Gillen** erkundigte sich danach, wie sich jetzt die Kosten für das Projekt darstellen, nach dem dieses mehrfach abgespeckt worden sei.

Herr **Wortmann** erklärte, dass ein Betrag von 830.000 Euro brutto zzgl. der Planungsleistungen anfalle.

Beigeordneter **Schlüter** verwies in diesem Zusammenhang auf die nichtöffentliche Vorlage zum Vergabevorschlag, in der auch die Kostensituation näher verdeutlicht wurde.

Stadtverordneter **Meertens** erklärte, dass die UWG-Fraktion nicht die einzelnen Vorschläge als solche ablehne, sondern grundsätzliche Bedenken gegen die Realisierung dieses Projektes habe. Er sehe es so, dass die Preise immer weiter steigen und die letztendliche Kostensituation gar nicht absehbar sei. Für den Preis der Brücke könne man schon fast ein Schwimmbad bauen.

Beigeordneter **Schlüter** verwies darauf, dass nach der Submission der Zuschlag zum 30.6. erfolge und dadurch auch die Preise festgeschrieben würden.

Stadtverordneter **Weißborn** bezeichnete den Vergleich zum Schwimmbad als unsehr. Es werde offensichtlich gerne übersehen, dass für die Euregionale-Projekte eine 80 %-ige Landesförderung gewährt werde.

Stadtverordneter **Meertens** entgegnete, dass dies kein Grund für ihn sei, da auch Übach-Palenberger Bürger zum Land gehören und ihre Steuergelder in das Projekt einfließen.

Stadtverordneter **Gudduschat** erkundigte sich danach, ob schon mit der Dohmen-Stiftung bezüglich der Anbindung des Dohmen-Parkes gesprochen worden sei. Insbesondere interessiere ihn, ob es andere Schließzeiten für die Brücke gebe.

Beigeordneter **Schlüter** erklärte, dass man die Schließzeiten gleich gestalten wolle und sich hier an die Öffnungszeiten des Dohmen-Parkes anpasse.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten Gudduschat erklärte Beigeordneter **Schlüter**, dass die Zuwegung zur Brücke über zwei Richtungen stattfinden könne. Geplant sei die Anbindung an die Straße „In der Rott“ und zum anliegenden Parkplatz.

Stadtverordneter **Gudduschat** erkundigte sich danach, ob die Geräusche der Klangbrücke nicht zu einer Beeinträchtigung der Anwohner führen könnten. Ihn interessiere inwieweit man sich hierzu schon Gedanken gemacht habe.

Herr **Wortmann** erklärte, dass eine funktionale Ausschreibung durchgeführt worden sei. Von der beauftragten Firma werden verschiedene Probestücke gefertigt, die einem Test unterzogen werden. Hierbei werde das Produkt gewählt, das die aus der Ausschreibung hervorgegangene Funktion entsprechend erfülle.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten **Gudduschat** erklärte Herr **Wortmann**, dass die Klangspiele in Edelstahl ausgeführt würden, die Gerüstkonstruktion sei dagegen eine verzinkte Stahlkonstruktion.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass ausgeschlossen werden müsse, dass Einwohner durch die Klangbrücke belästigt werden. Er fragte Herrn Wortmann inwieweit dies garantiert werden könne.

Herr **Wortmann** erläuterte, dass die entsprechenden Tests Ergebnisse liefern, die für eine klangtechnische Bewertung ausschlaggebend seien.

Natürlich müsse bedacht werden, dass nie 100 %-ig garantiert werden könne, dass man in einiger Entfernung von der Klangbrücke gar nichts mehr höre. Insbesondere stehen hier auch äußere Bedingungen wie Luftdruck, Temperatur und Wind in Zusammenhang.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten **Krawanja** ob die Klangspiele auch nachträglich noch geändert werden könnten erklärte Herr **Wortmann**, dass aus konzeptionellen Gründen im Vorfeld der Installation sämtliche Fragen geklärt werden sollten.

Stadtverordneter **Gudduschat** erkundigte sich danach, ob es eine solche Brücke schon irgendwo anders gebe und wie man eventuellen Vandalismusschäden entgegenzutreten wolle.

Herr **Wortmann** erklärte, dass das Außergewöhnliche an dieser Brücke sei, dass es sie in dieser Konzeption sicherlich nicht ein weiteres Mal gebe. Dies sei auch gerade Grundgedanke des Projektvorschlages gewesen. Einen 100 %-igen Schutz vor Vandalismusschäden gebe es sicherlich nicht. Mit schwerem Gerät und einer Leiter sei es natürlich möglich von außen an die Konstruktion zu gelangen, jedoch gerade die Klangspiele und beweglichen Teile lägen außerhalb der Zugriffsweite der Besucher der Brücke. Zudem habe man bewusst auf eine einfache Konstruktion gesetzt, die ohnehin schwerer zerstörbar sei.

Stadtverordneter **Meertens** drängte darauf, dass die Richtlinien für Geräuschemissionen auf jeden Fall bei dieser Brücke eingehalten werden müssen. Eine entsprechende Prüfung sei unabdingbar.

Stadtverordneter **Weißborn** erläuterte, dass es sich beim vorliegenden Projekt bei aller Kritik um ein Highlight der EuRegionale 2008 in Übach-Palenberg handele. Auch bei anderen Projekten habe es zu Beginn ihrer Realisierung Fragen und Problemstellungen gegeben. Nach Realisierung der Projekte würden diese jedoch vorwiegend positiv angenommen. Als Beispiele seien hier der Carl-Alexander-Park in Baesweiler oder der Indemann in Inden zu nennen.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass gerade der Indemann ein gutes Beispiel dafür sei, dass aufgrund der gestiegenen Rohstoffpreise eine Reduzierung durchgeführt werde. Auch hier sei die ursprünglich geplante Größe reduziert worden, um die Kosten für das Projekt einzuhalten. Er denke, dass die Stadt Übach-Palenberg durchaus mit Stolz auf die Projekte verweisen könne und erinnerte daran, dass viele Maßnahmen niemals hätten realisiert werden können, wenn nicht durch die EuRegionale eine entsprechende Bezuschussung gewährt worden wäre. Diese einmalige Chance dürfe man nicht ungenutzt verstreichen lassen.

Stadtverordneter **Gudduschat** erkundigte sich danach, wie die Reihenfolge der einzelnen Punkte auf der Sitzungsvorlage, für die Fördermittel beantragt würden, zu verstehen sei. Er wisse beispielsweise, dass auf der Tagesordnung des Landschaftsbeirates bezüglich des Wohnmobilstellplatzes eine entsprechende Beantragung durch die Stadt Übach-Palenberg schon angesetzt sei.

Beigeordneter **Schlüter** erläuterte, dass es in einigen Bereichen nicht unüblich sei bestimmte Dinge parallel abzuklären. Die letztendliche Entscheidung obliege jedoch immer dem Stadtrat.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass er sich mit den beiden Parkplätzen an der Klangbrücke und am Dohmen-Park für die Verwendung der Fördermittel einverstanden erklären könne, jedoch der Standort des Wohnmobilstellplatzes am Dohmen-Park abgelehnt werde. Es müsse möglich sein, hierfür einen besseren Standort zu finden. Darüber brauche sicherlich nicht heute diskutiert zu werden. Da es ohnehin fraglich sei, ob die Realisierung des Wohnmobilstellplatzes überhaupt durch Fördermittel erreicht werden könne, bat er darum die Ausweisung „am Dohmen-Park“ für den Wohnmobilstellplatz zu streichen und die Diskussion hierüber

später noch einmal zu führen.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte sich mit einer Streichung der Ortsbezeichnung „am Dohmen-Park“ für den Punkt C der Beschlussempfehlung einverstanden.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, dass die UWG auch in diesem Punkt ihrer bisher geäußerten Ablehnung treu bleiben werde und dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen werde.

Beschluss:

Die fortgeschriebene Planung wird zustimmend zur Kenntnis genommen, wobei zum Standort des Wohnmobilstellplatzes allerdings noch Beratungsbedarf besteht.

Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Fördervoraussetzungen zu schaffen und im Rahmen der zur Verfügung stehenden Fördermittel in der Rangfolge

a) Parkplatz „Klangbrücke“

b) Parkplatz „Dohmen-Park“

c) Wohnmobilstellplatz

Förderanträge bei der Bezirksregierung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

19 Ja-Stimmen

5 Nein-Stimmen

3 Erweiterungen zur Tagesordnung

Erweiterungen zur Tagesordnung lagen nicht vor.

4 Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Beigeordneter **Schlüter** erklärte, dass die Holzbrücke an der Dammstraße mittlerweile in die Jahre gekommen sei. Aus diesem Grund habe man eine Überholung beauftragt. Nach Abnahme der Tragteile sei jedoch festgestellt worden, dass die hölzernen Brückenträger schon stark verrottet seien, so dass die gesamte Brücke abgängig sei. Dies habe man vorgestern festgestellt und sich um eine alternative Lösung bemüht. Es stelle sich nunmehr die Frage, ob die eigentlich für das Freibad vorgesehene Brücke aus dem Naherholungsgebiet um vier Meter verkürzt und dort aufgebaut werden könne.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass man für die Brücke im Schwimmbad natürlich auch einen Ersatz brauche. Es stelle sich deshalb die Frage, welche Alternative günstiger sei.

Beigeordneter **Schlüter** erklärte, dass die beiden Alternativen wirtschaftlich gleich bewertet werden könnten.

Gegen die Umsetzung der Brücke in die Grünanlage an der Dammstraße wurden von Seiten des Rates keine Bedenken vorgebracht.

Bürgermeister Schmitz-Kröll berichtete darüber, dass ihm auf seine entsprechende Anfrage vom Wasserverband Eifel-Rur mitgeteilt worden sei, dass nach neuesten vorliegenden Aussagen und Berechnungen aller Voraussicht nach der Bau des Hochwasserrückhaltebeckens Rimburg entbehrlich sei. Es habe sich aufgrund verschiedener Untersuchungen herausgestellt, dass mit den bestehenden Maßnahmen ein zusätzlicher Hochwasserschutz im Wurmatal nicht mehr vonnöten sei.

Bürgermeister Schmitz-Kröll gab noch eine Ergänzung zur Anfrage des Stadtverordneten Gudduschat aus der letzten Woche. Die Vermutung, dass sich „Sand im Getriebe“ des Genehmigungsverfahrens zur Schokoladenfabrik befinde, sei definitiv falsch. Er habe mit Herrn Zündorf vom Kreis Heinsberg am heutigen Tage noch gesprochen und sich bestätigen lassen, dass der Erteilung der Baugenehmigung nichts mehr im Wege stehe und dies auch dem Rat schon so gegenüber gesagt werden könne. Sämtliche Stellungnahmen, die für das Genehmigungsverfahren einzureichen waren, lägen vor, so dass nur noch die redaktionelle Fassung erstellt werden müsse. In den nächsten Tage sei deshalb mit dem Eingang der schriftlichen Genehmigung durch den Kreis Heinsberg bei der Stadt zu rechnen.

Bürgermeister Schmitz-Kröll schloss um 19.10 Uhr die öffentliche Sitzung.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Schmitz-Kröll** um 20.15 Uhr die Sitzung.

Schmitz-Kröll
Bürgermeister

Schröder
Schriftführer